



Wir stehen vor einer Dekade der industriellen Erneuerung in unserer Stadt! Gemeinsam die Transformation gestalten!

Gewerkschaftliche Forderungen für eine gute und nachhaltige Industrie in der Hauptstadtregion

Wir befinden uns in einer Zeit der Umbrüche. Die viel beschworene „Zeitenwende“ ist allumfassend und betrifft auch die Industrie. Diese befindet sich schon seit Jahren in einem umfassenden Transformationsprozess. Und wie in anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen hat sich der Druck durch die Krisen der letzten Jahre erhöht, Veränderungen umfangreicher und vor allem schneller anzugehen. Das betrifft besonders die Energiewirtschaft und daher die Industrie, die nicht nur auf verlässliche und bezahlbare Energie angewiesen ist, sondern auch den Weg zu einer CO₂-neutralen Produktion zügiger angehen muss. Die Berliner Industrie kann mit dem Umfeld einer hervorragenden Forschungs- und Wissenschafts-landschaft in dieser Entwicklung Innovations- und Umsetzungstreiber sein. Zudem ist die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg schon heute DIE Region mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Brandenburg mit seinen großen umliegenden Flächen und dem Fokus auf Erneuerbare Energien ist hierbei eine nahezu kongeniale Partnerregion. Nachhaltige grüne Produktion ist in Berlin-Brandenburg möglich.

Schon die Coronakrise hat bewiesen, wie wichtig Industrie für die Berliner Wirtschaft ist. Sie hat sich deutlich resilienter als andere Branchen erwiesen und konnte, was in Zeiten des Fachkräftemangels enorm wichtig ist, ihre Beschäftigten halten und so nach der Krise – im Gegensatz zu vielen anderen Branchen mit schlechteren Arbeitsbedingungen – schnell wieder hochfahren. Ehrlich betrachtet wurde sie auch in der Krise nicht flächendeckend runtergefahren. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben bei höchsten Anstrengungen und hohen Infektionszahlen in den Betrieben weitergearbeitet.

Gleichzeitig boomen aber seit Jahren auch die Betriebe der Digitalisierwirtschaft und viele StartUps in der Stadt. Inzwischen werden rund 120.000 Arbeitsplätze in Berlin gezählt. Dies wertet den Wirtschaftsstandort Berlin in hohem Maße auf und stärkt die damit verzahnten Bereiche der direkten industriellen Wertschöpfung. Denn Berlin ist mit rund 110.000 Industriearbeitsplätzen ein starker und innovativer Industriestandort, der zahlreiche Arbeitsplätze in den industrienahen

Dienstleistungen nach sich zieht. Viele Industrieunternehmen sind tarifgebunden und durch mitbestimmte gute Arbeit gekennzeichnet. Vergleichsweise hohe Einkommen in der Industrie sichern wiederum starke Binnenkaufkraft, die sich stabilisierend auf die Dienstleistungsstruktur der Berliner Stadtgesellschaft auswirkt. All das ist nicht selbstverständlich und bedarf tagtäglicher Arbeit und Fokussierung.

Durch die Folgen des völkerrechtswidrigen, mörderischen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben sich die Lieferketten- und damit Produktionsprobleme der Pandemie noch weiter verschärft. Besorgniserregend sind Entwicklungen bei der Energieversorgung, eine zentrale Voraussetzung für industrielle Produktion. Hinzu kommt eine gerade die Industrie- und Exportnation Deutschland bedrohende Energiekrise. Die Wahrheit ist: **Das Wirtschaftsmodell mit billiger fossiler Energie aus Russland wird nicht mehr zurückkommen.** Die daraus folgenden Wettbewerbseffekte müssen durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden. Wer unterstützt die Berliner Unternehmen dabei – vor allem bei den Zukunftsthemen Fachkräftegewinnung und Innovationen?

Berlin im Fokus der Stapel-Krise – Hauptstadt-Gewerkschaften als Akteure einer gestalteten Transformation

Wir leben derzeit in einer nie dagewesenen Stapel-Krise aus **angebotsgetriebener Inflation, globalen Lieferkettenengpässen und überteuerter Energie**, die das Wachstum und die Versorgung der Wirtschaft, aber vor allem auch den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung in großem Maße gefährden. Hinzu kommt der viel zu lang ignorierte **Fachkräftemangel**, dem unter anderem durch konsequente Bindung der eigenen Belegschaft mit **guter Arbeit, Qualifizierung und Weiterbildung** sowie durch eine **Ausbildungsoffensive** begegnet werden muss. Und auch die Auswirkungen der **massiven Veränderungen in der Umwelt und beim Klima** sind nicht zu unterschätzen, was im Bewusstsein der Breite der Gesellschaft angekommen ist und ein schnelles Handeln erfordert. Auf all die hier nur angerissenen Themen muss die **Berliner Politik Antworten finden.**

Berlin und auch Brandenburg haben als Produktions-, Wissens- und Energiestandort hervorragende Potenziale, um die zentralen Herausforderungen unserer Zeit mit guten Konzepten zu lösen. So kann sich die Region zum Vorreiter CO₂-neutraler Produktion entwickeln und auch zusätzliche Industrieproduktion und -arbeitsplätze durch Re-Shoring (Rückholung) von wichtigen Produkten im Pharma-/Gesundheits-, Mobilitäts- und Energiebereich aufbauen – mit dem Ziel die Wirtschaftsstruktur weiter zu diversifizieren und zu stärken.

Durch eine gute Industrie- und Standortpolitik mit einer gesteuerten und umsichtig durchgeführten Transformation kann die Hauptstadtregion starke industrielle Wachstumsimpulse auslösen, die sich über die Grenzen der Stadt, mindestens auf die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg auswirken. So würde Berlin nicht nur im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten aufholen, sondern endlich auch im innerdeutschen Vergleich zur Wirtschaftskraft anderer vergleichbarer Regionen aufschließen.

Die IGBCE Berlin-Mark Brandenburg und die IG Metall Berlin wollen mit diesem Papier im Vorfeld der Berliner Wahl am 12. Februar 2023 und der darauffolgenden Regierungsbildung deutlich machen, was für eine zukunftsfähige Industrie gebraucht wird, deren Innovationskraft vor allem von motivierten Beschäftigten abhängt. Voraussetzungen dafür sind mehr tarifgebundene Betriebe und stärkere Mitbestimmung – Kernthemen Guter Arbeit! **Wir verstehen uns dabei als zentrale Akteure einer gestalteten Transformation!**

Wo stehen wir?

Berlin hat in den letzten Jahren seine industrielle Struktur und die ca. 110.000 Arbeitsplätze halten können. Allerdings wurden die Wachstumspotenziale oftmals nicht ausgeschöpft. Unterstützung beispielsweise bei Kooperationen zwischen den leistungsfähigen Wissenschafts- und Hochschulbereichen und Berliner Betrieben sind ausbaufähig.

Deswegen ist es gut, dass sich mit dem seit über zehn Jahren bei den Regierenden Bürgermeister/-innen angesiedelten **Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)** Senat, Verbände und Sozialpartner regelmäßig gemeinsam über Lösungen und Herausforderungen der Industriebetriebe in der Stadt austauschen. Diesem Gremium kommt auch in Zukunft seine steuernde Rolle zu. Eine noch wichtigere als zuvor. Bei unserer kritischen Begleitung der aktuellen Regierungskoalition fordern wir mehr Geschwindigkeit bei der Bearbeitung der industriepolitischen Themen dieser Stadt!

In der letzten Legislaturperiode hatte der SKIP mit wissenschaftlicher Begleitung herausgearbeitet, dass Berlin besonders in den Bereichen Energietechnik, Mobilitätstechnik und industrielle Gesundheitswirtschaft und der in Berlin ohnehin traditionell starken Pharmasparte ein gutes, ausbaufähiges Industriepotenzial hat. Neben der Gesundheitsstadt Berlin und den Potenzialen einer integrierten Mobilität muss die europaweit einmalige Konzentration von Energietechnikbauern als zweite Marke etabliert werden – Energy City Berlin!

Auch die **Zusammenarbeit mit Brandenburg** spielt zum Beispiel bei den Clustern Energie(technik) oder Gesundheit eine immer größere Rolle, auch wenn die Abstimmung zwischen den Landesregierungen noch günstiger gestaltet werden könnte. Auch hier sollte der SKIP seinen Anteil

erhöhen und stärker steuernd wirken. Durch die Ansiedlung von Tesla ist Brandenburg zudem ein wichtiger Standort in der E-Mobilität geworden. Die Verbindung von Brandenburg und Berlin als Wohnort für viele Beschäftigte in Brandenburg, aber auch bei Themen in Forschung und Entwicklung sowie der Fachkräftegewinnung ist offensichtlich und naheliegend.

Mit dem vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten **Regionalen Transformationsnetzwerk Berlin-Brandenburg für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie (ReTraNetz BB)** gibt es einen weiteren Akteur im industriellen Mobilitätsbereich, der die gesamte Hauptstadtregion in den Blick nimmt und in dem neben den Sozialpartnern beide Landes-Wirtschaftsförderungen und die Wissenschaft mitarbeiten. Diese Struktur hat das Potenzial, Vorbildcharakter zu entwickeln.

Aber auch der seit 2011 bestehende Masterplan **Industrie (MPI)** und Neugründungen des Landes wie die **Digitalagentur** und das **CityLab Berlin** bieten gute Ansatzpunkte für eine Vernetzung zwischen Industrie, Wissenschaft und Digitalwirtschaft. Allerdings sollten diese industriepolitischen Engagements in Verbindung mit den vom Land Berlin beauftragten Wirtschaftsförder-Institutionen stärker auf die Herausforderungen der bestehenden Industriebetriebe wesentlich nachfrageorientierter ausgerichtet werden.

Berlin hat durch seine moderne und leistungsfähige Industrie, einer extrem großen Wissenschafts- und Forschungslandschaft sowie durch seine Innovations- und Digitalisierungsszene gute Potenziale für die industrielle Transformation. Die Politik sollte dafür sorgen, dass günstige Voraussetzungen für Wachstumsprozesse der eher mittleren Betriebsgrößen geschaffen werden. Auch wenn Firmenzentralen vermutlich nicht in großer Zahl nach Berlin geholt werden können, gibt es in der Berliner Industrie genügend leistungsfähige Industriebetriebe, die beispielsweise bei der Fachkräftegewinnung, Weiterbildung und den dringlich bei anstehendem Innovationsdruck benötigten Kooperationen mit den Hochschulen oder anderen Akteuren Unterstützung bräuchten.

Sehr deutlich zeichnet sich bereits seit längerer Zeit das Thema fehlender Fachkräfte ab. In Konkurrenz um Personal entscheidet immer öfter die Qualität der Arbeits- und Entgeltbedingungen – tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen sind dabei im Vorteil. Davon gibt es in Berlin und in ganz Ostdeutschland allerdings noch viel zu wenige.

Berlin hat seit dem Ende des wiedervereinigungsbedingten Strukturwandels in der Berliner Industrie seit 2005 ein stabilisiertes Niveau an hochmoderner, wenn auch in der Regel kleinteiligerer Industrie als in vergleichbaren anderen Regionen Deutschlands. Seitdem haben sich diese weiterentwickelt; es gab im Detail Rückschläge, aber auch Erfolge. Insgesamt hat sich die Lage der Industrie auf vergleichsweise niedrigem Niveau gehalten. Jetzt geht es darum, mit allen wichtigen Akteuren der Verbände, Kammern, der Politik, Gewerkschaften und Unternehmen weiter zu arbeiten. Wichtig

dabei ist eine gut gesteuerte Industrie- und Standortpolitik, die die Chancen der Transformation nutzbar macht. Die Voraussetzungen dafür sind gut: **Wir müssen die aktuellen Herausforderungen in den Unternehmen ernst nehmen und gemeinsame Lösungen für Berlin und die Hauptstadtregion vorantreiben.**

Die Wiederholungswahl als Chance, das industriepolitische Profil der Hauptstadt zu schärfen.

Als Berliner Gewerkschaften sind wir ausschließlich unseren Mitglieder und den Beschäftigten in den Betrieben verpflichtet und setzen uns darüber hinaus für eine gut gesteuerte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik ein. Es steht fest, dass wir in der aktuellen Ausrichtung der Regierungskoalition unsere Positionen in zentralen Punkten wiederfinden können. Das war nicht immer so. Die Sozialdemokratie in Wirtschaftsverwaltung und Senatskanzlei hat für uns seit längerem ein offenes Ohr, die Grünen engagieren sich aus unserer Sicht in wichtigen Schlüsselresorts wie der Umwelt- und Verkehrsverwaltung, um den Klimaschutz voranzubringen, der auch für Themen der industriellen Transformation wichtig ist. Wir begrüßen hierbei auch Ansätze und neue Impulse einer „Grünen Industriepolitik“. Und die Linkspartei hat mit der Arbeits- und Integrationsverwaltung anspruchsvolle Aufgaben in den beschriebenen aktuellen Krisensituationen übernommen.

Als Einheitsgewerkschaften werden wir auch weiterhin die Stimme der abhängig Beschäftigten Berlins bleiben und werden selbstverständlich vor und nach der Wiederholungswahl weiter kritisch unsere Perspektiven einbringen. Auch wenn die Umstände der Wiederholungswahl alles andere als erfreulich sind, so könnte diese auch eine Chance bieten, das industriepolitische Profil der Hauptstadt weiter zu schärfen. Wir bieten dabei die folgenden Thesen als Diskussionsgrundlage für die **Debatte mit allen demokratischen Parteien**, die zur Wahl antreten an. Und um das auch noch einmal zu präzisieren: Eine Partei wie die AfD, die ausschließlich fremdenfeindliche Ressentiments schürt, keinerlei Lösungen bietet und Hass und Zwietracht säen will, erkennen wir nicht als demokratischen und lösungsorientierten Partner hierbei an.

Unsere Vorschläge und Erwartungen an den nächsten Senat:

- **Transformation gestalten:** Modernisierungsschübe in den Organisationsbereichen von IG Metall und IGBCE gab es immer. Diese sind jedoch seit längerem und natürlich besonders zurzeit komplexer und größer als zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Daher bedarf es auch einer großen Kraftanstrengung aller relevanten Akteure Berlins, um diese sozio-ökonomischen Modernisierungsprozesse im Sinne der Beschäftigten tatsächlich zu gestalten.

- **Vorhandene Strukturen stärken – Bewährtes wiederaufleben lassen:** Der **Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)** und auch der **Masterplan Industriestadt Berlin (MPI)** sind bewährte Instrumente, die mit einem maßgeblichen Anteil der Gewerkschaften entwickelt wurden. Die Arbeit hier ist für die industrielle Entwicklung von immenser Bedeutung. Diese Formate müssen gestärkt werden, sie müssen schneller in Arbeit und Umsetzung werden, damit die hier besprochenen tiefen Analysen umgehend in der Senatspolitik diskutiert und umgesetzt werden können. Wir haben mit **Berlin Partner** einen wichtigen Unternehmensservice, den wir in der Arbeit und Wirtschaftsförderung der urbanen Industrie vollumfänglich unterstützen. Wir wollen an bewährte Formate wie **Wirtschafts- und Betriebsrätekonferenzen des Senats** anknüpfen und diese wiederaufleben lassen. Auch die **Lange Nacht der Industrie** sollte wieder in Berlin stattfinden, um das umfangreiche Potential der Berliner Industrie sichtbar zu machen.
- **Fachkräfte in stetiger Aus- und Weiterbildung:** Ausbildung und Weiterbildung sind für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Berliner Industrie die essentielle Währung. Auch lebensbegleitendes Lernen ist eine zentrale Grundlage, um in Zeiten des Fachkräftemangels in der Transformation die Arbeitnehmer/-innen im Betrieb durch Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung zu unterstützen. Der zukünftige Senat sollte hier einen **Schwerpunkt setzen und gezielt in enger Abstimmung mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern zusätzliche Mittel bereitstellen**. Die **Ausbildungsquoten** sind zu niedrig in Berliner Betrieben. Der Anteil der Ausgebildeten, die ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden, muss erhöht werden. Tarifvertragliche Regelungen wie beispielsweise in der Chemischen und in der Metall- und Elektro-Industrie müssen mehr Anwendung finden und durch eine höhere Tarifbindung von Berliner Betrieben gestärkt werden. Wir fordern, dass die umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie eingeführt wird und über tarifvertragliche Öffnungsklauseln ein branchenspezifischer Blick auf die Bedürfnisse der Auszubildenden und der Betriebe ermöglicht wird. Die **Kontakte der Berliner Betriebe direkt zu den Hochschulen müssen ausgebaut werden, um die strategische Weiterbildung für Facharbeiter/-innen auszubauen**. Die Entwicklung neuer Module und die weitere Öffnung von Hochschulen für Beschäftigte im Rahmen ihres „regionalen Entwicklungsauftrages“ sind dafür notwendig. Duale Ausbildung und Duales Studium sind dabei zentrale Eckpfeiler. Das jedoch nur unter der Voraussetzung, dass das Modell des Dualen Studiums endlich in den Hochschulgesetzen der Länder und auf Bundesebene geregelt wird. Wir brauchen darüber hinaus eine konsequente Stärkung der Kooperationsbemühungen von Wissenschaft und Hochschulen mit der Berliner Industrie.
- **Krisen und Unterstützung:** Die Programme von Bund und Land als Reaktion auf die derzeitigen Krisen sind umfassend. Es gilt dort, wo Prozesse zu kompliziert oder nicht passgenau sind, diese einer

ständigen Überprüfung zu unterziehen und mögliche Fehler zu korrigieren. Hierbei sind klare Ansprachestrukturen auf Senatsebene zwingend erforderlich. Die Expertise der Sozialpartner ist hier in allen Bereichen hinzuzuziehen. Hier sehen wir in der alltäglichen Arbeit noch Verbesserungspotenziale.

- **Branchen in den Fokus nehmen:** Wir haben uns im SKIP in der vergangenen Legislatur auf drei zentrale industrielle Branchen bzw. Cluster, die wir in Berlin verstärkt in den Fokus nehmen wollen, geeinigt. **Mobilitätstechnik, industrielle Gesundheitswirtschaft und die Energietechnik** sind die zentralen Wachstumsmotoren unserer Stadt sowie der gesamten Region. Das Ziel muss weiter das Wachstum der Branchen bleiben. Hier müssen wir aber verstärkt nachhaltiges Wachstum vorantreiben. Das betrifft auf der einen Seite die Fragen von Umwelt- und Klimaschutz, auf der anderen Seite aber auch nachhaltiges Wachstum von guter Arbeit mit tarifgebundenen Arbeitsplätzen, in denen die Beschäftigten ihre gesetzlich gegebenen Rechte der Mitbestimmung selbstverständlich wahrnehmen.
- **Stärkung betrieblicher Mitbestimmung:** Wir nehmen teilweise im Dienstleistungsbereich verstärkt wahr, dass es zu Union-Busting und der Verhinderungen bzw. Torpedierung von Betriebsratsgründungen kommt. In der Industrie ist das in der Form nicht präsent, aber sehr wohl ansatzweise in kleineren Einheiten wie bspw. in Laborbetrieben oder bei kleineren Zulieferern. Beschäftigte und Gewerkschaften müssen durch den Senat konsequent unterstützt werden und – wenn nötig – muss die Strafverfolgung forciert werden. Jedes Senatsmitglied, das einen Betrieb besucht, sollte im Vorfeld immer nach Mitbestimmungs- und Tarifvertragsstrukturen bei den Gewerkschaften fragen – und im Idealfall Betriebsräte bei Besuchen einbinden.
- **Stärkung inländischer und europäischer Produktion:** Bereits vor der Corona-Krise gab es Engpässe von lebensnotwendigen Medikamenten wie zum Beispiel Antibiotika durch den Ausfall von ausländischer Produktion und Lieferengpässen. In der Pandemie hat sich dieser Mangel an Produktionskapazitäten und Störungen von Lieferketten bei Grundstoffen für Impfstoffe und weiteren medizinisch notwendigen Artikeln (Masken usw.) noch deutlicher bemerkbar gemacht. Durch die weltwirtschaftlichen Verwerfungen, durch den Angriffskrieg und die langfristigen strukturellen Probleme in der Preispolitik bei Medikamenten hat sich Ende 2022 ein massives Versorgungsproblem beispielsweise bei Hustensäften für Kinder und auch bei Krebsmedikamenten manifestiert. Durch die kurzfristigen Veränderungen der Preispolitik des Bundesgesundheitsministeriums sind die strukturellen Probleme bei der Medikamentenversorgung jedoch nicht aufgelöst. Wir fordern Senat, Sozialpartner und Unternehmen dazu auf, Konzepte und Strukturen für ein konsequentes Re-Shoring (Rückholung) der produzierenden Gesundheitswirtschaft in Deutschland und Europa zu entwickeln. Berlin eignet sich hierfür im Rahmen des gemeinsamen

Gesundheitsclusters mit Brandenburg bestens. Eine Bundesratsinitiative der neuen Berliner Landesregierung in diese Richtung kann dabei eine sinnvolle Option sein. Aber auch in anderen Bereichen wie Energie, Halbleiter und Batterieproduktion wird Re-Shoring europäisch und national eine zunehmende Rolle spielen.

.

- **Stärkung der industrienahen Digitalwirtschaft:** Im Verbund mit den klassischen produzierenden Betrieben entwickelt sich in Berlin ein wachsendes Cluster an Betrieben in der industrienahen Digitalwirtschaft. Diese Betriebe stehen im direkten Austausch mit den ihnen nahestehenden Produktionsstätten. Dennoch haben sie wie viele andere Start-Ups und Digitalunternehmen oftmals ganz andere Bedarfe, Themen und auch die Beschäftigten haben teilweise eine ganz andere Vorstellung von ihrer Arbeit als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Produktion. Agiles Arbeiten, neue Führungsstrukturen und auch komplexe Themen wie Software- und Patentfragen stehen hier verstärkt auf der Tagesordnung. Wir fordern einen Ansprechpartner auf Senatsebene, der sich gezielt um diese Wachstumsbetriebe der Zukunft kümmert. Sie sind die Transmissionsriemen der Transformation in der Produktion.

- **Gewerbegebiete und Wohnflächen nicht gegeneinander ausspielen:** In Berlin entwickelt sich ein handfester Verteilungskampf von Flächen für Gewerbeimmobilien und Wohnungen. Hinzu kommt die Diskussion über den Erhalt von notwendigen Naherholungsgebieten. Wir erwarten vom zukünftigen Senat, dass dieses Thema höchste Priorität hat und hier innovative Konzepte erarbeitet werden. Betriebe brauchen Flächen, die Beschäftigten brauchen Wohnungen und erwarten zurecht, dass sie sich in ihrer Freizeit auch wohnortnah erholen können. Wir brauchen Grünflächen in der Stadt, um dem Klimawandel zu begegnen. Innovative Konzepte wie in das Stadtbild integrierte Werkwohnungen, die konsequente Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften, mehr landeseigene Wohnungen sowie die gleichzeitige Stärkung der städtischen Infrastruktur bei Kita, Schule und der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für **alle** Verkehrsmittel sind dringend erforderlich – nicht nur, aber auch, wenn die Stadt ihren Fachkräftebedarf zusätzlich über Zuwanderung sichern will. Wo es grundsätzliche Weichenstellungen für Industrie- und Gewerbeflächen sowie Werkwohnungen geht, sind die Sozialpartner einzubinden.

- **Industriepolitik für die Klimawende:** Nur mit einer nachhaltigen Industrie kann die Klima- und Energiewende gelingen. In Berlin und Brandenburg kann Industrie perspektivisch CO₂-neutral produzieren und die Potenziale in Wissenschaft, Forschung und Produktion optimal verzahnen und nutzen. Zum Beispiel kann es im Batteriebereich gelingen, neue Wertschöpfungsketten aufzubauen und mit einer Strategie für Herstellung, Second Life- und Recycling einen Referenzraum für eine nachhaltig wirtschaftende Kreislaufwirtschaft zu etablieren. Mit Erneuerbarer Energie und grünem

Wasserstoff kann die Hauptstadtregion in vielen Bereichen Benchmark für nachhaltige Produktion werden. Dazu muss die Berliner Politik mit Brandenburg eine gemeinsame Standort- und Industriepolitik mit einer länderübergreifenden Entscheidungsstruktur schaffen.

- **Vergabepolitik in den Fokus stellen:** Das Land hat mit der eigenen Vergabepolitik zum Beispiel beim Thema Schienenfahrzeuge für BVG und S-Bahn, wichtige Instrumente zur Steuerung in der Hand. Wir begrüßen die gesetzlichen Entwicklungen zum Beispiel zum Landesvergabelohn und der Tariftreuregelung des jetzigen Senats bei der Vergabepolitik, die maßgeblich auch auf Druck des DGB und seiner Einzelgewerkschaften vorangetrieben wurden. Es gilt jetzt, die Wirkung der neuen Regeln zu prüfen und konsequent anzuwenden. Da wir in der Hauptstadt aber auch sehr viele Bundeseinrichtungen haben, die teilweise auf industriennahe Dienstleistungen, auf sichere Energieversorgung, aber auch auf industrielle Produkte wie bspw. Fahrzeuge angewiesen sind, fordern wir den neu zu wählenden Berliner Senat dazu auf, sich intensiv für ein Vergabegesetz auf Bundesebene einzusetzen.
- **Sozialpartnerschaft stärken:** In all den hier genannten Bereichen wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken und bieten Unternehmens- und Arbeitgeberverbänden sowie der IHK und HWK wie auch branchenspezifischen Lobby-Vertretungen der Berliner Wirtschaft unsere weitere intensive Zusammenarbeit an, um gemeinsam mit dem neuen Berliner Senat die Industrie in der Stadt zu stärken.
- **Hauptstadtregion neu denken:** Die Zusammenarbeit mit Brandenburg ist für die industrielle Entwicklung Berlins essentiell. Viele Ansätze gibt es hier bereits wie gemeinsame Treffen von Senat und Brandenburger Landesregierung sowie Branchen und Themen bezogenen Clustern. Wo es möglich ist, müssen diese Strukturen gestärkt werden. Weder die Themen der Betriebe noch die der Beschäftigten machen an den Landesgrenzen halt. In Berlin arbeitende Menschen leben in Brandenburg und umgekehrt. Insbesondere bei den Fragen von Infrastruktur und Verkehrspolitik, aber auch bei Fragen der zielgerichteten Wirtschaftsförderung für die Betriebe sehen wir dabei noch ein großes Entwicklungspotential.

Wir stehen vor einer Dekade der industriellen Erneuerung in unserer Stadt!

Wenn wir jetzt nicht dafür die richtigen Weichen stellen, ist es vielleicht zu spät...

Berlin, 7. Februar 2023

Jan Otto
Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin

Rolf Erler
Bezirksleiter IG BCE Berlin-Mark Brandenburg